

SozialpädagogInnen, ihre Anerkennung und Organisation

Bei den vergangenen Tarifaueinandersetzungen waren die SozialpädagogInnen wenig im Blick der Gewerkschaften und der Öffentlichkeit. Im Fokus standen zu Zeiten des Bundesangestelltentarifvertrags (BAT), der von 1961 bis 2005 Wirkung hatte, zumeist die darin breit organisierten KollegInnen der kämpferischen Abfallwirtschaft, der Post und des ÖPNV. Diese kampfstarken Betriebe der öffentlichen Hand sind nun durch Privatisierungen oder Tarifszersplitterung in ihrer Arbeitskampfkraft geschwächt bzw. separiert worden. Zudem kam mit der Einführung des TVöD, der den BAT 2005 abgelöst hat, die Abspaltung der Länderbeschäftigten (Universitäten, staatliche Schulen etc.) in den sogenannten TV-L. Dadurch mussten sich die verbliebenen Beschäftigten, die unter den TVöD fallen, bezüglich ihrer Arbeitskampfstrategie neu aufstellen. Die Arbeitskampfemanzipation der zumeist weiblichen ErzieherInnen und KinderpflegerInnen kam in Schwung. Die KollegInnen vernetzten sich, machten auf ihre schlechte Bezahlung aufmerksam und bekamen und bekommen Rückhalt auch von konservativer Seite. Bildung und frühkindliche Förderung durch Kitas und Horte sind der Gesellschaft insgesamt wichtig. Ebenso gilt dies für die Wirtschaft und ihre Thinktanks wie die Bertelsmannstiftung, unter anderem mit dem Ziel, dass möglichst viele Mütter und Väter dem Arbeitsmarkt flexibler zur Verfügung stehen. Die Eingruppierungsneuregelung des TVöD – Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) wurde 2009 verhandelt. Die erzielten Lohnsteigerungen und Aufwertungen der jeweiligen Eingruppierungen/Tätigkeiten fielen jedoch gering aus.

Bezahlung mangelhaft

Im Jahr 2009 waren nach wissenschaftlicher Einschätzung ca. 135.000 SozialpädagogInnen in der BRD erwerbstätig beschäftigt. Eine Befragung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung unter SozialpädagogInnen im Jahr 2012 ergab einen durchschnittlich hohen Wert der Arbeitszufriedenheit, im Gegensatz zu einer unterdurchschnittlichen Zufriedenheit bei der Bezahlung (vgl. WSI-Lohnspiegel-Datenbank: www.lohn-spiegel.de).

Verglichen mit der Berufsgruppe der ErzieherInnen, MedizinerInnen, IngenieurInnen u. a. m. ist die mediale, politische oder wissenschaftliche Lobby der Sozialen Arbeit eher gering ausgeprägt.

Netzwerke knüpfen!

GEW und ver.di bieten aber den SozialpädagogInnen ein gewerkschaftliches Umfeld, um dieses Defizit zu bearbeiten und letztlich zu beheben. Hier fällt besonders ins Gewicht, dass viele SozialpädagogInnen in den 70er- bis 90er-Jahren in die GEW oder ÖTV (heute ver.di) eingetreten sind. Diese erfahrenen KollegInnen fungieren als wichtiges Scharnier bei der Weitergabe von gewerkschaftlichen Inhalten und Standpunkten an ihre jüngeren KollegInnen.

Dabei sind Erfahrungen aus den Arbeitskämpfen der ErzieherInnen der letzten Jahre nützlich: Um in der Öffentlichkeit auf die Situation der SozialpädagogInnen aufmerksam zu machen, müssen wir für unsere Probleme, für unseren Arbeitsbereich und »unsere« Klientel ein Bewusstsein schaffen und Netzwerke nach außen knüpfen. Dies haben wir noch nicht geschafft und das unterscheidet uns von der aktuellen Ausgangslage des Erziehungsdienstes: Dort ist, dank der Arbeit der letzten Jahre, eine Lobby und damit Unterstützung auch von außen bereits weitestgehend vorhanden.

Unsere Partner bei der Netzwerkarbeit sollten die DozentInnen an den Hochschulen, die Studierenden, wissenschaftliche Institute und Verbände (DJI, DGSA, DgFE), die sozialen Bündnisse, Wohlfahrtsverbände, Sozial-/Jugend-/Gesundheitsämter, Bezirke, Jugendringe und die sozialpolitischen SprecherInnen der Parteien sein.

Auch die KollegInnen bei privaten und konfessionellen Trägern, die sich beim Gehalt an den TVöD als Leitwährung anlehnen, sollten über die anstehenden Verhandlungen informiert werden und mit eigenen Aktionen zum Gelingen der Tarifverhandlungen beitragen.

Was können wir fordern?

Als mögliche Forderung wurde bisher diskutiert, die in S11 bis S14 ausdifferenzierten Entgeltgruppen wieder mehr anzugleichen und sie – ebenso wie die S15 und höhere Entgeltgruppen – insgesamt anzuheben. Den KollegInnen, die im Kinderschutz arbeiten, ist aber sicher wichtig, ihre spezielle Entgeltgruppe S14 beizubehalten, wurde die außergewöhnliche Belastung ihrer Arbeit doch jahrzehntelang sträflich ignoriert. Die Einführung der S14 hatte ihnen zumindest signalisiert, dass ihre hundsmiserablen Bedingungen anerkannt werden, auch wenn die psychischen Belastungen dadurch nicht weggefallen sind.

Eine andere Forderungsvariante sieht daher vor, die bisherige Eingruppierungssystematik zwar beizubehalten, aber alle Entgeltgruppen aufzuwerten und neue Tätigkeitsmerkmale aufzunehmen, die der Entwicklung, die Soziale Arbeit im Laufe der Jahre vollziehen musste, Rechnung tragen.

In solch einer Aufwertungskampagne liegt viel Potenzial. Sie könnte auch für den Sozialdienst die Stunde der Arbeitskämpfemanzipation bedeuten.

Ein solches Ziel sollte auch für die KollegInnen aus dem Allgemeinen Sozialdienst, der Bezirkssozialarbeit und der Vermittlungsstelle für Erziehungshilfe – Letzteres ist eine Münchner »Spezialität« – ein Anreiz sein, auf die Straße zu gehen, um dafür zu kämpfen. Verstärkt werden könnte dieser Anreiz noch durch die Übernahme einer Forderung, die in der »Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst (BAG-ASD)« diskutiert wird, nämlich auch im ASD Fallzahlobergrenzen einzuführen.

Warnstreik vorbereiten

Wichtig ist es, in den Teams gemeinsam mit den Führungskräften frühzeitig über ausdrucksstarke Formen der Arbeitsniederlegung zu diskutieren. Diese müssen so vorbereitet sein, dass da, wo es notwendig ist, in Absprache mit der Gewerkschaft ein Notbetrieb gesichert wird. Gleichzeitig sollten vorher gemeinsam Strategien entwickelt werden, die gewährleisten, dass nach einem (Warn-)Streik Schreibtische nicht unter der liegen gebliebenen Arbeit zusammenbrechen.

Es geht um uns!

Der TVöD mit seinem SuE ist immer noch einer der größten Tarifverträge.

Wir SozialpädagogInnen arbeiten an unterschiedlichen Schnittstellen für diese Gesellschaft, um den sozialen Frieden zu sichern und die Teilhabe am Leben zu unterstützen. Dies ist nicht wenig. Zu gering ist aber der Respekt der Arbeitgeber vor unserer Arbeit und »unserer« Klientel. Dipl.-/B. A.-SozialpädagogInnen (FH) gehören weiterhin zu den am niedrigsten eingruppierten HochschulabsolventInnen. Mit mehr Selbstbewusstsein, dem Eintritt in die Gewerkschaft und Arbeitsniederlegungen könnte sich daran eventuell etwas ändern. Einen Versuch ist es immer wert.

von Philipp Heinze

Dipl.-Sozialpädagogin (FH)

GEW/ver.di VL Sozialreferat LH München

philipp.heinze@posteo.de